

# LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

## 16. Wahlperiode

Innenausschuss

53. Sitzung am 07.05.2015  
– Öffentliche Sitzung –

– Elektronische Fassung –

### Protokoll

– Teil 2 –

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr

Ende der Sitzung: 11:46 Uhr

#### Tagesordnung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1. ...tes Landesgesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 16/4505 –

dazu: Vorlagen 16/4874/4876/4987/4993/5004/5011/5012/  
5021/5249

2. Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz – Steuerliche und finanzielle Anreize für Investitionen in die Einbruchssicherung schaffen  
Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 16/4938 –
3. Kinder schützen – Verbindungsdaten speichern  
Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 16/4940 –

#### Ergebnis:

Siehe Teil 1 des Protokolls

Siehe Teil 1 des Protokolls

Siehe Teil 1 des Protokolls

Siehe Teil 1 des Protokolls

**Tagesordnung** (Fortsetzung):**Ergebnis:**

- |   |                             |
|---|-----------------------------|
| 4. Folgen des Urteils des Oberverwaltungsgerichts Koblenz zu Videoaufnahmen bei Demonstrationen<br>Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT<br>– Vorlage 16/5193 –       | Siehe Teil 1 des Protokolls |
| 5. Auswirkungen der geplanten Vergaberechtsreform auf den rheinland-pfälzischen Rettungsdienst<br>Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT<br>– Vorlage 16/5194 –        | Siehe Teil 1 des Protokolls |
| 6. Präventionsarbeit des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes im Bereich Wirtschaftsspionage<br>Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT<br>– Vorlage 16/5204 –     | Siehe Teil 1 des Protokolls |
| 7. Tempo 30 flächendeckend in Orten ermöglichen<br>Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT<br>– Vorlage 16/5205 –                           | Siehe Teil 1 des Protokolls |
| 8. Dramatische Zunahme von Einreisen mit dem Ziel eines Asylbegehrens über den Flughafen Hahn<br>Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT<br>– Vorlage 16/5243 –         | Siehe Teil 1 des Protokolls |
| 9. Brandanschlag auf geplante Asylbewerberunterkunft in Limburgerhof<br>Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT<br>– Vorlage 16/5244 –                                  | Erledigt<br>(S. 3 – 10)     |
| 10. Brandstiftung in der geplanten Asylbewerberunterkunft in Limburgerhof<br>Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT<br>– Vorlage 16/5245 – | Erledigt<br>(S. 3 – 10)     |
| 11. Rechtsextreme Terrororganisation „Oldschool Society“<br>Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT<br>– Vorlage 16/5248 –                  | Siehe Teil 1 des Protokolls |

**Punkte 9 und 10** der Tagesordnung:

- 9. Brandanschlag auf geplante Asylbewerberunterkunft in Limburgerhof  
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT**  
– Vorlage 16/5244 –
- 10. Brandstiftung auf geplante Asylbewerberunterkunft in Limburgerhof  
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT**  
– Vorlage 16/5245 –

Die Tagesordnungspunkte werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

**Frau Abg. Beilstein** verurteilt den gestrigen Brandanschlag auf das Schärfste. Es habe sich um einen feigen und menschenverachtenden Akt gehandelt. Gemeinsam werde daran gearbeitet, Menschen in Not schnelle Hilfe zukommen zu lassen. Die Fraktion der CDU habe schon sehr früh ein großes Interesse an einer gelungenen Integration und an einer gelungenen Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen bekundet.

Dies sei von der Fraktion der CDU auch durch den bereits im Januar dieses Jahres durchgeführten Gipfel deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Bei diesem Gipfel sei es nicht nur um Geld gegangen, sondern auch um die Frage, wie es gelinge, dass nach Rheinland-Pfalz kommende Menschen sich in Rheinland-Pfalz zu Hause fühlen. Die Fraktion der CDU sehe sich mit allen demokratischen Parteien und der Bevölkerung in einem Boot, wenn sie die Aussage treffe, es gebe eine Willkommenskultur in Rheinland-Pfalz. Diese Willkommenskultur wolle sich die Fraktion der CDU nicht zerstören lassen. Deshalb sei es wichtig, dass der Innenausschuss aktuell über die gestrigen Geschehnisse informiert werde. Danach sollte noch einmal gemeinsam dokumentiert werden, dass es wichtig sei, diese Menschen in Rheinland-Pfalz willkommen zu heißen, und wie künftig reagiert werde.

**Herr Abg. Schweitzer** bezeichnet es für die Fraktion der SPD als ein Anliegen, in der heutigen Sitzung des Innenausschusses die Gelegenheit zu erhalten, die gestrige Tat gemeinsam zu beleuchten und den Innenminister zu bitten, über den aktuellen Ermittlungsstand zu berichten. Zugleich solle aber auch die Gelegenheit genutzt werden, dazu eine politische Debatte zu führen, weil das, was in der Nacht zum gestrigen Tag in Limburgerhof geschehen sei, keine Herausforderung allein für die Gemeinde und die Bürgerinnen und Bürger von Limburgerhof, sondern für alle darstelle. Aus seiner Wahrnehmung heraus gebe es keinen Grund dafür, mit einem besonders kritischen Auge auf Limburgerhof zu schauen, sondern eine solche Tat, die möglicherweise von rechtsextremen und rechtsradikalen Tätern verübt worden sei, könne leider überall in Deutschland und überall in Rheinland-Pfalz geschehen.

Deshalb sei es gut gewesen, dass gestern zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, an der Spitze Frau Ministerpräsidentin Dreyer, vor Ort gewesen seien, um die Betroffenheit über eine solche Tat zum Ausdruck zu bringen und um zugleich deutlich zu machen, die betroffene Gemeinde und die in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürger würden nicht allein gelassen. Die große Überzahl der Bürgerinnen und Bürger von Limburgerhof sei betroffen und entsetzt über diese Tat und lehne es ab, dass solche Taten in ihrer Gemeinde stattfinden. Sie heiße Menschen, die aus anderen Staaten aus welchen Gründen auch immer nach Rheinland-Pfalz kommen, willkommen und wolle, dass sich diese Menschen wohlfühlen und geschützt seien.

Daher sei es wichtig, dass von der heutigen Sitzung das gemeinsame Signal ausgehe, dass diese Tat verurteilt werde und keiner, der sich aus welchen Motiven heraus auch immer – natürlich auch aus rechtsradikalen Motiven heraus – an Menschen vergehe, Toleranz von der Mehrheit dieses Landes erwarten könne. Dabei müsse gemeinsam darüber nachgedacht werden, was Politik und Gesellschaft leisten können, um den Nährboden für solche Taten auszutrocknen und zu verhindern, dass sich solche Taten wiederholen. Diese Frage richte sich an die Sicherheitsbehörden, aber auch an die Gesamtgesellschaft. Alle Bürgerinnen und Bürgerinnen seien aufgefordert, in ihrem Umfeld dafür zu sorgen, dass intolerantes Gerede, das möglicherweise den einen oder anderen motiviere, in die Fremdenfeindlichkeit abzudriften, keine Unterstützung finde. Dies seien Punkte, die alle Fraktionen im Aus-

**53. Sitzung des Innenausschusses am 07.05.2015**  
**– Öffentliche Sitzung –**  
**– Teil 2 –**

schuss heute einen sollte. Deshalb sei es wichtig, dass heute die Tagesordnung um diese beiden Punkte kurzfristig ergänzt worden sei. Für die Bereitschaft bei allen Fraktionen, diese Ergänzung vorzunehmen sei, bedanke er sich sehr herzlich.

**Frau Abg. Schellhammer** bringt im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Betroffenheit über den verübten Brandanschlag auf die geplante Asylbewerberunterkunft zum Ausdruck. Ihre Fraktion sei sehr erschüttert über diese feige Tat, die ein Schlag in das Gesicht für das friedliche Miteinander in Rheinland-Pfalz sei. Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Landtagsvizepräsident Dr. Braun und die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befänden sich zum jetzigen Zeitpunkt vor Ort, um sich ein Bild von der Lage machen.

Durch diese Tat werde deutlich, dass noch stärker der Fokus auf die Willkommens- und Anerkennungskultur in Rheinland-Pfalz gerichtet werden müsse. Jede Hetze gegen Flüchtlinge könne zu solchen Taten führen. Jede abfällige Bemerkung über Flüchtlinge stelle der Nährboden für Taten dieser Art dar. Die Täterinnen und Täter fühlten sich bestätigt, wenn sich abfällig über Flüchtlinge geäußert werde. Die Tat in Limburgerhof sollte für jeden eine Mahnung sein. Die ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger, die die Flüchtlinge willkommen heißen, sollten umso mehr unterstützt werden. Zugleich müsse sich jeder Stammtischparole, die sich gegen Flüchtlinge wende, entgegengestellt werden. Die überwältigende Mehrheit der rheinland-pfälzischen Bevölkerung sei Teil dieser Willkommens- und Anerkennungskultur. Dies konnte zuletzt am vergangenen Freitag in Worms erlebt werden, als sich eine große Mehrheit der Wormser Bürgerinnen und Bürger rechten Hetzern entgegenstellte, die gegen Flüchtlinge hetzen wollten. Daran werde deutlich, dass sich tatsächlich die überwältigende Mehrheit in Rheinland-Pfalz offen und beherzt solchen Hetzern entgegenstelle.

Sie bitte um Auskunft, welche Erkenntnisse dem Innenministerium zu der Tat vorliegen. Ihre Kollegin Anne Spiegel und sie selbst hätten im Januar eine kleine Anfrage eingebracht, mit der abgefragt worden sei, welche Kenntnisse dem Innenministerium zur Hetze gegen Flüchtlinge vorliegen. In der Antwort sei zweimal Limburgerhof erwähnt worden. Zum einen habe es dort eine Kundgebung der Partei „DER DRITTE WEG“ mit dem Titel „Überfremdung stoppen – Nein zum Asylheim“ gegeben. Zum anderen habe es in Limburgerhof einen Infostand der rechtsextremen Partei „DER DRITTE WEG“ zum Thema Flüchtlinge und Asyl gegeben. Vor dem Hintergrund bitte sie auch um eine Bewertung dieser Situation.

**Herr Staatsminister Lewentz** berichtet, mit gemeinsamer Bestürzung musste gestern zur Kenntnis genommen werden, dass die gerade erst im Bau befindliche Asylbewerberunterkunft in Limburgerhof im Rhein-Pfalz-Kreis in der Nacht zum Mittwoch in Brand gesetzt worden sei. Die Wohnanlage sollte ab Sommer der Unterbringung von Flüchtlingsfamilien dienen und sei zum Zeitpunkt des Brandes noch unbewohnt gewesen. Glücklicherweise seien keine Menschen zu Schaden gekommen. Die Täter verursachten jedoch einen erheblichen Sachschaden.

Die Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft stünden logischerweise noch am Anfang. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne er Folgendes berichten:

Eine Zeugin habe der Polizeiinspektion in Schifferstadt am gestrigen Mittwoch um 2:13 Uhr den Brand der aus Containern errichteten Asylbewerberunterkunft mitgeteilt. Die sofort an die Brandstelle geeilten Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr stellten fest, dass Flammen das Flachdach und abgestellte Baumaterialien der erst am 5. Mai 2015 errichteten Container erfasst hatten. Etwa zehn von insgesamt zwanzig Containern seien durch den Brand beschädigt worden. Der Gesamtschaden sei nach ersten Schätzungen mit etwa 50.000 Euro zu beziffern.

Die Zeugin habe der Polizei ferner mitteilen können, dass sich ein schwarzer Kleinwagen mit hoher Geschwindigkeit vom Brandort entfernt hatte.

Das Polizeipräsidium Rheinland-Pfalz und die Staatsanwaltschaft Frankenthal hätten sofort die Ermittlungen aufgenommen. Bei der Kriminaldirektion Ludwigshafen sei eine 24-köpfige Ermittlungsgruppe eingerichtet worden. Selbstverständlich seien darin Ermittlerinnen und Ermittler des Fachkommissari-

**53. Sitzung des Innenausschusses am 07.05.2015**  
**– Öffentliche Sitzung –**  
**– Teil 2 –**

ats zur Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität integriert. Hinzu kämen knapp 40 Beamtinnen und Beamte mit Schutzaufgaben.

Nach den ersten Feststellungen sei von einer Brandstiftung auszugehen. Dies belegten die inzwischen gewonnenen Erkenntnisse der Brandermittler und eines im Auftrag der Staatsanwaltschaft Frankenthal hinzugezogenen Brandsachverständigen. Konkrete Hinweise auf den oder die noch unbekanntes Täter lägen erwartungsgemäß gegenwärtig noch nicht vor. Noch in der Tatnacht hätten die Staatsanwaltschaft und die Polizei Ludwigshafen die Medien informiert und die Bevölkerung um Mithilfe bei der Identifizierung insbesondere des Fluchtfahrzeugs gebeten.

Die Ermittlungsbehörden prüften derzeit alle denkbaren Geschehensabläufe, auch im Hinblick auf das Vorliegen eines fremdenfeindlichen Motivs. Der Tathintergrund könne derzeit noch nicht abschließend bewertet werden.

Über die Tatortaufnahme und die in alle Richtungen gehenden Ermittlungen hinaus habe das Polizeipräsidium noch in der Nacht die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der in räumlicher Nähe liegenden Asylbewerberunterkünfte ergriffen. Die Polizeibeamtinnen und -beamten stünden in direktem Kontakt mit den Flüchtlingen, um möglichen Ängsten frühzeitig zu begegnen. Dabei arbeiteten sie eng mit dem örtlichen „Netzwerk Asyl“ zusammen. Dieser Schulterschluss vereine die Kompetenzen ehrenamtlicher Strukturen in aus der Sicht des Innenministeriums idealer Weise mit denen der Polizei.

Die Landesregierung nehme diesen Vorfall natürlich sehr ernst und werde alles tun, um die feige Tat aufzuklären und die Täter zu ermitteln. Frau Ministerpräsidentin Dreyer und Herr Staatssekretär Kern hätten sich vor Ort ein persönliches Bild vom Schadensausmaß und den eingeleiteten Ermittlungen gemacht.

Die Sicherheitsbehörden des Landes seien nach den einschlägigen Ereignissen zum Beispiel in Berlin, Tröglitz und Vorrä sehr sensibel und wachsam. Die Polizei stehe in einem ständigen Informationsaustausch mit allen beteiligten Stellen, insbesondere den Kommunen, Hilfsorganisationen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Auf der Grundlage aktueller Lagebewertungen treffe die Polizei anlassbezogen die erforderlichen Schutzmaßnahmen. Das LKA stufe permanent die Gefährdungslage für Flüchtlingsunterkünfte in Rheinland-Pfalz ein und informiere die zuständigen Stellen. Die Polizeipräsidien seien zudem gebeten worden, an den bestehenden oder auch geplanten Flüchtlingsunterkünften nach eigener Lagebewertung entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Bereits im ersten Quartal 2015 habe die Polizeiabteilung im Innenministerium mit den Polizeibehörden und polizeilichen Einrichtungen die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz von Flüchtlingen abgestimmt und in einer Konzeption festgeschrieben.

Nachfolgend wolle er noch insgesamt etwas zu dem sagen, was die Landesregierung seit vielen, vielen Jahren und auch die Gesellschaft in Rheinland-Pfalz unternommen haben, um gegen rechtsextremes Gedankengut vorzugehen. Die Herausforderung bestehe darin, dass Menschen rechtsradikal denken und meinen, so handeln zu sollen, wie dies in Limburgerhof der Fall gewesen sei. Deshalb wolle er das Stichwort "DER DRITTE WEG" aufgreifen. Es gebe Hinweise auf Flugblätter des „DRITTEN WEGS“ zu Veranstaltungen, die benannt worden seien. Der Verfassungsschutz habe diese Organisation sehr genau im Blick. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es aber noch nicht möglich, eine Verbindung herzustellen. Deshalb gebe er nur den Hinweis, dass auch dieser Bereich sehr genau in den Blick genommen werde.

Seit 1991, also sei fast 25 Jahren, sei es das ausdrücklich erklärte Ziel der Landesregierung, Rechtsextremismus in all seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen. Eine der wesentlichen Säulen sei insoweit die Prävention; denn es gelte, Rechtsextremismus in seinem Keim zu ersticken. Hierfür lasse sich eine Vielzahl von Maßnahmen nennen, von denen er heute nur einige herausstellen wolle.

Ein wichtiges Beispiel sei der Demokratietag Rheinland-Pfalz. Hier stünden die Beteiligung und aktives Engagement von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern bei der Gestaltung von Schule und

**53. Sitzung des Innenausschusses am 07.05.2015**  
**– Öffentliche Sitzung –**  
**– Teil 2 –**

Gemeinwesen im Vordergrund. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Gewalt in Schulen sei immer ein sehr wichtiges Thema der Veranstaltung. Schulen, die sich ausdrücklich gegen Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und für Courage aussprechen, seien für ihn selbst ein großer Erfahrungsgewinn. Es sei eine große Freude, mit gut informierten und sehr bewusst in dieser Frage diskutierenden jungen Menschen zusammenzutreffen.

Seit dem Jahr 2009 würden mit dem Bildungsministerium Studientage zum Thema Rechtsextremismus im Alltag – Subkulturen und ihre Wirkung auf Jugendliche für Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen allgemein- und berufsbildender Schulen durchgeführt.

Besonders hervorzuheben seien auch die Info-Tagungen „Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus? Wir tun was! Eine Initiative für Rheinland-Pfalz“. Zielgruppe dieser Tagungen seien Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung und alle interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Diese hätten die Möglichkeit, sich aufgrund neuester Informationen mit den aktuellen Entwicklungen in der rechtsextremistischen Szene auseinanderzusetzen.

Sportveranstaltungen würden dafür ebenfalls genutzt. Durch Unterstützung der Leitstelle Kriminalprävention sei die Initiative „Fußball für ein buntes Miteinander – Aktionstag gegen Rassismus und Diskriminierung“ auf den Weg gebracht worden.

Als besonders wichtige Partner nenne er ausdrücklich das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und das Netzwerk für Demokratie und Courage, in denen sich insbesondere junge Menschen engagierten, weil diese wegen der fehlenden Alterskluft besser an junge Schülerinnen und Schüler und Studierende herankommen. Ebenso gebe es Aussteigerprogramme.

Durch diese wenige Beispiele wolle er aufzeigen, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus eine Aufgabe für alle Ressorts der Landesregierung sei. Es sei bereits der Bericht der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus vorgestellt worden, in dem die ergriffenen Maßnahmen aufgezeigt und gebündelt werden.

Natürlich müsse er auch noch einmal den Verfassungsschutz und die Polizei nennen, die sich sehr, sehr engagiert einbringen. Klar sei, die Bekämpfung des Rechtsextremismus könne dauerhaft nur gelingen, wenn Staat und Gesellschaft Hand in Hand vorgehen. Daher hebe er besonders hervor, dass viele Menschen im Land gegen den Rechtsextremismus aktiv seien und für Menschenwürde und Demokratie eintreten. Sie schlossen sich in Initiativen zusammen, demonstrierten oder beteiligten sich aktiv am politischen Diskurs. Frau Ministerpräsidentin Dreyer, er selbst als Innenminister und viele Mitglieder der Landesregierung nähmen bewusst an solchen Demonstrationen teil, um Flagge zu zeigen. Dies gelte auch für viele Mitglieder des Landtags.

Die Landesregierung werde weiterhin alles daran setzen, dass Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz nicht Fuß fassen könne. Dabei handle es sich um eine gesellschaftliche Aufgabe. Dieses Ziel habe sich aber auch die Landesregierung gesetzt. Nach seiner Einschätzung sei dies aber auch der menschliche Blick von allen auf die Herausforderung Rechtsextremismus.

**Herr Abg. Haller** dankt für den Bericht. Als Beigeordneter des Rhein-Pfalz-Kreises sei ihm die Aussage wichtig, dass durch die Präsenz vor Ort – an der Spitze Frau Ministerpräsidentin Dreyer – das tolle Signal von der Landespolitik ausgesandt worden sei, die Landespolitik stehe in dieser schweren Stunde zusammen und gewähre eine entsprechende Unterstützung. Der Brandanschlag habe nicht nur einen Schock verursacht, sondern auch überrascht, weil in der Vorderpfalz beim Umgang mit Flüchtlingen anderes erlebt worden sei. Derzeit seien im Rhein-Pfalz-Kreis über 1.000 Ehrenamtliche tätig, von denen mitgeholfen werde, die Willkommenskultur zu leben. Heute habe er schon sehr viele E-Mails von Bürgerinnen und Bürgern erhalten, die sich bisher nicht in diesem Bereich engagiert hatten, aber nun um Kontaktadressen bitten, weil sie sich auch engagieren wollen. Dies werte er als ein ermutigendes Signal.

Zu betonen sei noch, dass die Zusammenarbeit mit der Polizei vor Ort hervorragend funktioniere. Er bitte den Innenminister, seinen Dank auch an das Polizeipräsidium Rheinpfalz weiterzugeben. Dies gelte vor allem für den Leiter der örtlichen PI, Herrn Uwe Stein, von dem hervorragende Arbeit geleis-

**53. Sitzung des Innenausschusses am 07.05.2015**  
**– Öffentliche Sitzung –**  
**– Teil 2 –**

tet werde und mit dem die Kreisverwaltung immer in einem sehr engen Kontakt stehe. Gestern seien sofort die erforderlichen Maßnahmen abgesprochen worden. Die Kreisverwaltung fühle sich durch die Polizeibehörden sehr gut unterstützt.

Abschließend bedanke er sich noch einmal bei all denen, die gestern ihre Solidarität parteiübergreifend zum Ausdruck gebracht haben. Das sei ein wichtiges Signal für die Menschen in der Region gewesen. Dies mache Mut, die Dinge noch stärker und forcierter anzugehen.

**Herr Abg. Licht** ist für die letzten Sätze seines Vorredners dankbar, weil auf keinen Fall eine Diskussion darüber entstehen dürfe, dass es zwischen den Parteien, die im Landtag debattieren und zu dem einen oder anderen Punkt eine durchaus unterschiedliche Haltung einnehmen, in der Asylbewerberfrage Unterschiede gebe. Deshalb sei er dankbar für den Hinweis, dass sich alle im Landtag vertretenen Parteien vor Ort ein Bild machen, wodurch zugleich auch Bilder produziert würden, mit denen auf die Bevölkerung eingewirkt werde. Damit werde auch deutlich gemacht, dass es in der Bewertung und Beurteilung zwischen den im Landtag vertretenen Parteien keinen Unterschied gebe und Gedankengut, das zu Anschlägen dieser Art führe, auf das Schärfste verurteilt werde. Da noch keine genauen Erkenntnisse zum Hintergrund der Tat bekannt seien, frage er den Innenminister, ob er hierzu noch ergänzende Informationen geben könne.

Wichtig sei, die Bevölkerung zu motivieren, sich weiter im Hinblick auf Asylbewerber zu engagieren, um damit zugleich weitere Zeichen zu setzen. Vom Innenminister sei berichtet worden, welche Maßnahmen von den verschiedenen Seiten ergriffen worden seien und ergriffen werden sollten. In dem Zusammenhang erinnere er an die vor einiger Zeit verfolgte Absicht, ein rechtsextremistisches Ausbildungszentrum in der Nähe von Morbach einzurichten. Durch die geschlossene Reaktion der dortigen Lokalpolitik konnte dieses Ausbildungszentrum verhindert werden. Insofern begrüße er das geschlossene Auftreten der im Landtag vertretenen Parteien. Durch dieses geschlossene Auftreten würden die Signale an die Bevölkerung ausgesandt, dass bei Not geholfen werden müsse. Jedoch müsse auch über die Ursachen für diese Not diskutiert werden, wobei bei der Ursachensuche und Ursachenbekämpfung durchaus unterschiedliche Auffassungen vertreten werden könnten. In dieser Auseinandersetzung müsse aber klar zum Ausdruck gebracht werden, dass rechtsradikales Gedankengut in Rheinland-Pfalz nichts zu suchen habe.

**Herr Abg. Schweitzer** dankt für den gegebenen Bericht. In seinen Ausführungen wolle er sich gerne auf den Teil beziehen, in dem dargestellt worden sei, welche Maßnahmen die Politik ergreifen könne, um die gesellschaftliche Grundlage zu unterstützen, dass sich solche Taten nicht wiederholen.

Zunächst wolle er aber würdigen, wie sehr sich die Polizei gestern engagiert habe. Es sei bemerkenswert, dass Polizeikräfte gemeinsam mit dem Netzwerk Asyl auf die in der Nähe befindlichen Asylbewerberinnen und Asylbewerber zugegangen seien, um ihnen Ängste zu nehmen. Das sei Polizeiarbeit im demokratischen Miteinander, wie er sie sich vorstelle. Für diese Polizeiarbeit bedanke er sich vielmals.

Die geschilderten Aktivitäten seien nach einer solchen Tat als dauerhafte Aufgabe zu betrachten. Auch in einem Bundesland wie Rheinland-Pfalz, das in einer aktuellen Studie unter den Bundesländern als tolerantestes Bundesland eingestuft worden sei, werde es nicht möglich sein, von diesen Aktivitäten abzusehen, weil die Willkommenskultur immer noch weiter perfektioniert werden könne. Eine solche Tat stelle vielmehr eine Aufforderung dar, klar zum Ausdruck zu bringen, Menschen, die Menschen in unserer Mitte angreifen, greifen uns alle und die Demokratie an. Vor diesem Hintergrund sei es gut und er sei froh darüber, dass unter den demokratischen Parteien der Versuch unterbleibe, aus einer solchen Situation in kleinkariierter Form Kapital zu schlagen.

Den Innenminister bitte er, die Entwicklung im Bereich der Aussteigerprogramme zu schildern. Nach seiner Ansicht sei es nämlich eine Frage der Qualität und nicht der Quantität, Menschen, die über den Rechtsextremismus in eine falsche Lebenswirklichkeit eingetaucht seien und in dieser Hinsicht ein persönliches Netzwerk aufgebaut haben, aus dieser Denkweise herauszulösen und sie davor zu bewahren, in der Zukunft Täter zu sein. Das sei ein Punkt, der vielleicht auch mit Blick auf andere extremistischen Tätergruppen in der Zukunft hilfreich sein könne.

**53. Sitzung des Innenausschusses am 07.05.2015**  
**– Öffentliche Sitzung –**  
**– Teil 2 –**

**Herr Abg. Lammert** merkt an, die gestrige Berichterstattung über den Anschlag habe ihn an die Bilder von Tröglitz erinnert. Ursprünglich habe er gehofft, solche Anschläge werde es in Rheinland-Pfalz nicht geben. Die Ermittlung der Hintergründe für die Tat in Limburgerhof müssten zunächst abgewartet werden. Der Innenminister habe berichtet, vermutlich habe es sich um einen Brandanschlag gehandelt. Jedoch sei er froh, dass die Demokraten zusammenstehen und die Taten auf das Schärfste verurteilen. Es müsse darauf geachtet werden, dass nicht irgendwelche gesellschaftlichen Randgruppen Taten begehen, durch die die Gesellschaft insgesamt beschädigt werde. Deshalb sei er auch froh, dass in der heutigen Sitzung Vertreter des Verfassungsschutzes anwesend seien.

Dankbar sei er auch, dass in den vergangenen Jahren der Verfassungsschutz frühzeitig Erkenntnisse insbesondere aus dem rechtsextremistischen Bereich, aber auch aus dem linksextremistischen Bereich sowie insgesamt aus dem extremistischen Bereich gewonnen habe. Diese Arbeit müsse in der Zukunft fortgesetzt werden, um solche Anschläge verhindern bzw. Personen, die solche Anschläge planen, in Haft nehmen zu können.

Vor diesem Hintergrund frage er, ob es Erkenntnisse gebe, wonach an anderen Orten Anschläge zu befürchten seien oder verhindert worden seien.

**Herr Abg. Noss** spricht sich dafür aus, aufgrund des Anschlags nicht zu sehr den Blick auf Limburgerhof zu fokussieren. Es bestehe eine Situation, in der ähnliche Ereignisse im ganzen Land auftreten könnten. Deshalb sollte sich vor der Aussage gehütet werden, im eigenen Bereich könne so etwas nicht geschehen. In der Vergangenheit seien wiederholt Ereignisse eingetreten, mit denen man nicht gerechnet hatte.

Er begrüße es, dass der Abgeordnete aus dem Wahlkreis, Herr Kukatzki, an der heutigen Sitzung des Innenausschusses als Gast teilnehme. Aus seiner Sicht sei es wichtig, dass sich alle geschlossen gegen solche Anschläge wenden. Dabei handle es sich um ein ganzheitliches Problem, das in allen Landesteilen auftreten könne. Die Landesregierung sei in diesem Bereich mit den zuvor erwähnten Programmen schon seit vielen Jahren präventiv tätig. Deshalb sei Rheinland-Pfalz bisher von solchen Anschlägen verschont geblieben. Jedoch gebe es keine Hinweise darauf, dass dies auch künftig der Fall sein werde. Deshalb müsse das gesamte Land gewappnet sein.

**Frau Abg. Schellhammer** stellt fest, ein Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft sei nirgendwo akzeptabel, egal ob dieser in Rheinland-Pfalz oder in einem anderen Bundesland ausgeübt werde. Es handle sich um eine perfide Tat, die in keiner Weise geduldet werden dürfe.

Vom Innenminister sei berichtet worden, zum Tathintergrund sei eine abschließende Bewertung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Der Brandanschlag sei aber klar als eine Äußerung gegen Flüchtlinge zu verstehen, die in Rheinland-Pfalz vor den schlimmen Zuständen in ihren Heimatstaaten Schutz suchten. Durch den Brandanschlag sei eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geäußert worden. Dies sei eine Haltung, die insbesondere im rechtsextremen und rechtspopulistischen Spektrum zu finden sei.

Dem Innenminister sei sie dankbar, dass dieser hervorgehoben habe, wie umfangreich von der Landesregierung Präventionsarbeit geleistet werde und wie intensiv landesweit mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und dem Netzwerk für Demokratie und Courage zusammengearbeitet werde, die in den Regionen wirkten und bei Vorfällen dieser Art intervenierten. Es sei besonders gut, dass auch bei den Schulen angesetzt werde.

Auch wenn zum Tathintergrund noch keine Ermittlungsergebnisse vorliegen, richte sie an den Innenminister die Frage, wie die Partei „DER DRITTE WEG“ bewertet werde und ob es andere Vorfälle und Übergriffe gegen Flüchtlinge in der Region gebe, die mit dieser Partei in Zusammenhang gebracht werden könnten.

**Herr Vors. Abg. Hüttner** bittet noch darauf einzugehen, welche Beiträge die Landeszentrale für politische Bildung zu dieser Thematik leiste.



**Herr Staatsminister Lewentz** legt dar, er wäre von den Aussagen von Frau Abgeordnete Schellhammer nicht weit entfernt, wenn er sich jetzt als Privatperson oder als Landesvorsitzender der SPD äußern würde, da er auch eine feste Vorstellung habe, wer hinter diesem Anschlag stehe. Als Innenminister wolle er jedoch zuerst alle Ermittlungsergebnisse vorliegen haben, bevor er eine Schuldzuweisung vornehme. Natürlich sei aber das Ziel mit einer bestimmten Motivation ausgewählt worden. Dann sei die Ableitung zum Rechtsextremismus nicht mehr schwer.

Eine allgemeine Bedrohung für Flüchtlinge sei in Deutschland latent vorhanden. Leider gebe es Beispiele, in denen die latente Bedrohung in eine deutliche Bedrohung umgeschlagen sei. In den vergangenen Tagen und Wochen musste festgestellt werden, die islamistische Bedrohung sei durch die Anschläge in Frankreich, Belgien und Dänemark näher an Deutschland herangerückt. Nach den Vorfällen in Oberursel müsse leider festgestellt werden, die Bedrohungslage sei in Deutschland angekommen. Es bestehe in Deutschland eine reale Bedrohung für Flüchtlinge und Flüchtlingseinrichtungen.

Allen Vorrednern danke er für das gegenüber der Polizei und dem Verfassungsschutz ausgesprochene Lob. Nach dem Anschlag sei sofort bei der Kriminaldirektion Ludwigshafen eine personell umfangreich besetzte Ermittlungsgruppe eingerichtet worden. Die Ermittlungen würden mit Hochdruck durchgeführt. Es werde nicht bei jedem Vorfall sofort eine gesonderte Organisation aufgebaut, aber in diesem Fall sei das geschehen.

Es sei nach den Aktivitäten der Landeszentrale für politische Bildung, nach den Aussteigerprogrammen, nach der Partei „DER DRITTE WEG“ und anderes mehr gefragt worden. Vorgestern habe er „jugendschutz.net“ in Mainz besucht und sich über dessen Arbeit mit Blick auf jugendgefährdende Publikationen im Internet zum Thema Islamischer Staat informieren lassen. Es sei schrecklich, was jungen Menschen mit diesen Publikationen zugemutet werde und mit welchen Methoden versucht werde, diese jungen Menschen für solch extreme Ansichten und Organisationen einzufangen. Inzwischen liege auch ein Bericht der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus vor. Er biete an, diesen Bericht dem Ausschuss zuzuleiten, damit dieser die Bereiche intensiv beleuchten könne. In der Kürze der Zeit sei dies zur heutigen Sitzung nicht möglich gewesen, zumal die Aufnahme der Ermittlungstätigkeiten im Vordergrund gestanden habe.

So wie „jugendschutz.net“ um jede Person kämpfe, damit sie nicht zum Anhänger des islamischen Extremismus werde, erfolge auch in Bezug auf den Rechtsextremismus ein Kampf um jede Person, damit diese nicht den rechtsextremistischen Parolen folge. Der Erfolg eines Aussteigerprogramms könne nicht daran gemessen werden, ob es gelinge, Hunderte von Personen aus dem rechtsextremistischen Bereich herauszuholen, sondern ein Aussteigerprogramm sei bei jedem Einzelfall, bei dem dies gelinge, als ein Erfolg zu werten. Deshalb gebe es sehr intensive Angebote, für die ein großer Aufwand betrieben werden müsse, um sie langfristig aufrechterhalten zu können. Es könne durchaus die Situation eintreten, dass solche Angebote auf den ersten Blick ohne Erfolg bleiben, aber für den Staat und die Gesellschaft sei es wichtig, auf allen Ebenen aufgestellt zu sein.

Im Jahresbericht des Landesamtes für Verfassungsschutz seien Ausführungen zur Partei „DER DRITTE WEG“ enthalten. Nach den vorliegenden Erkenntnissen habe diese Partei bundesweit rund 200 Mitglieder, davon ca. 40 aus Rheinland-Pfalz. Wenn der Königsteiner Schlüssel zugrunde gelegt werde, könnte der Schluss gezogen werden, im Verhältnis zur Gesamtmitgliederzahl seien 40 Mitglieder aus Rheinland-Pfalz durchaus eine bemerkenswerte Größe. Von dieser Partei würden Parolen wie „nationalrevolutionär“, „sozialistisch“ und „national“ verwendet. Es sei bekannt, was sich hinter diesen Parolen verberge. Unter der Überschrift „Heimat bewahren“ werde beispielsweise von dieser Partei ausgeführt: Zur Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes sind die Überfremdung Deutschlands und der anhaltende Asylmissbrauch umgehend zu stoppen. Kriminelle sowie dauerhaft erwerbslose Ausländer sind aus Deutschland stufenweise auszuweisen. – Dies sei nicht weit von dem Gedankengut entfernt, was er zu Beginn seiner Ausführungen mit persönlichen Worten umschrieben habe. Dazu könne er eine genaue Beurteilung allen Mitgliedern des Innenausschusses zukommen lassen.

Er teile die Auffassung, dass durch den Besuch der Verantwortlichen vor Ort und der dort getroffenen Äußerungen im Hinblick auf Toleranz und die Willkommenskultur ein tolles Signal ausgesandt worden sei. Dies sei aus seiner Sicht die richtige öffentliche Antwort aus der Region heraus gewesen.

**53. Sitzung des Innenausschusses am 07.05.2015**  
**– Öffentliche Sitzung –**  
**– Teil 2 –**

In solchen Fällen sei es immer wichtig, parteiübergreifend geschlossen aufzutreten. Schon wiederholt sei im Innenausschuss berichtet worden, wenn von rechtsradikale Parteien versucht worden sei, in Dörfern in Rheinland-Pfalz durch die Einrichtung von sogenannten Schulungszentren Fuß zu fassen. Unrühmlicher Höhepunkt sei das sogenannte braune Haus gewesen. Gegen solche Bestrebungen seien die im Landtag vertretenen Parteien gemeinsam mit der Landesregierung konsequent vorgegangen, weil Kristallisationspunkte dieser Art abgelehnt werden, durch die Menschen in den betroffenen Dörfern oder kleinen Städten extrem verunsichert würden und bei denen durch solche Einrichtungen Ängste geweckt würden. Deshalb sei ein geschlossenes Auftreten gegen Rechtsextremismus sehr wichtig.

Die Polizeibeamtinnen und -beamten seien Staatsbürger in Uniform, von denen die freiheitliche und demokratische Gesellschaft verteidigt werde. Es seien bekanntlich sehr starke Anstrengungen unternommen worden, um Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewinnen zu können. Dies wolle er an dieser Stelle noch einmal betonen.

Zum Schluss wolle er noch auf die Entwicklung der Fallzahlen im Phänomenbereich politisch motivierte Kriminalität von Rechts eingehen. Im Jahr 2014 seien in Rheinland-Pfalz 521 Straftaten in diesem Bereich registriert worden. 525 Straftaten seien im Jahr 2013, 604 Straftaten im Jahr 2012 und 673 Straftaten im Jahr 2011 registriert worden. Das sei eine Tendenz, die in die richtige Richtung weise. In Limburgerhof sei nun eine Extremsituation gegeben, die mit aller Kraft des Staats bewältigt werde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung werde sich der Ausschuss noch mit der rechtsextremen Terrororganisation „Oldschool Society“ beschäftigen. Allerdings könne er im Zuge der Sitzung des Innenausschusses nur andeutungsweise darüber informieren, wie es dem Verfassungsschutz gelungen sei, Informationen über diese Organisation zu erhalten. Die Möglichkeiten des Verfassungsschutzes könnten aus den bekannten Gründen nur in den entsprechenden Kommissionen des Landtags dargestellt werden. Natürlich sei aber von allen Einrichtungen des Landes und damit auch vom Verfassungsschutz dafür Sorge zu tragen, dass Artikel 1 des Grundgesetzes eingehalten werde. Mit dieser Motivation seien nach seiner Ansicht alle Sicherheitsbehörden im Land gut aufgestellt.

**Herr Vors. Abg. Hüttner** greift den Vorschlag auf, dem Innenausschuss dem Ausschuss den Bericht der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus zukommen zu lassen.

Er bitte, das Protokoll zu den beiden Tagesordnungspunkten sehr zeitnah den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, damit von dort aus die heute formulierte Botschaft transportiert werden könne.

Herr Staatsminister Lewentz bietet an, dem Ausschuss den Bericht der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus sowie etwaige Erkenntnisse über die Partei „DER DRITTE WEG“ zukommen zu lassen.

Der Stenografische Dienst wird gebeten, das Protokoll zu diesen Tagesordnungspunkten sehr zeitnah zu erstellen.

Die Anträge – Vorlagen 16/5244/5245 – haben ihre Erledigung gefunden.

**gez.: Röhrig**

**Protokollführer**